

Philippinen:

## Gewerkschafter Carlo „Caloy“ Rodriguez ermordet

Am Nachmittag des 12. November 2010 wurde Caloy von einem Unbekannten angegriffen. Vier Schüsse in Rücken, Arm und Hals endeten tödlich.

Der Vorstand der Globalen Interessenvertretung für den Öffentlichen Sektor IÖD ist über diesen Vorfall bestürzt: „Unser Mitgefühl gehört seiner Familie und den MitstreiterInnen in der Gewerkschaft.“

Carlo „Caloy“ Rodriguez war Präsident der Water District Union, Teil der Gewerkschaft Öffentlicher Bediensteter im Bezirk Laguna auf den Philippinen. Caloy, der im Alter von 41 Jahren starb, war ein überzeugter Kämpfer gegen neoliberale Konzepte wie Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung. Er setzte sich für die Erhaltung und Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten ein – ganz besonders im Kampf gegen die Privatisierung der Wasserversorgung. Besonders verwerflich ist in diesem Zusammenhang, dass Caloy im Kampf für öffentliche Wasserversorgung ermordet wurde. Bemühungen, die in direktem Zusammenhang stehen, Armen einen Zugang zu Wasser zu ermöglichen.

### GEFAHR FÜR GEWERKSCHAFTERINNEN

Für GewerkschafterInnen zählen die

Philippinen gemeinsam mit Kolumbien zu den gefährlichsten Ländern der Welt. Seit der Angelobung des neuen Präsidenten Benigno „Noynoy“ Aquino III. im Juni dieses Jahres ist Caloy nur eines von 22 Opfern. Die IÖD erinnert die philippinische Regierung mit Nachdruck an ihre feierlichen Wahlkampfversprechen, sich für die Aufrechterhaltung der Menschenrechte einzusetzen.

### VOLLE UNTERSTÜTZUNG FÜR BEVÖLKERUNG

Auch Thomas Kattinig, Internationaler Referent der GdG-KMSfB ist empört: „Protest gegen Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen darf nicht mit Mord oder Mordgefahr beantwortet werden, so wie in Caloys Fall. Internationale und nationale Gewerkschaften werden nicht aufhören, repressive Vorgehensweisen wie diese öffentlich zu machen.“ Besonders Präsident Aquino wird dazu aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Drahtzieher dieses Verbrechens vor Gericht kommen: Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen dürfen nicht ungestraft bleiben.

## Europäische Bürgerinitiative mit Leben erfüllen

Ein tolles Instrument zu echter Mitbestimmung – wenn es genutzt wird

„Europaweite Bürgerinitiativen sind ein tolles Instrument zu echter Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Nun müssen die europäischen Politikerinnen und Politiker aber auch beweisen, dass sie dieses Instrument ernst nehmen und Beteiligung an der Politik klare Auswirkungen hat“, so Thomas Kattinig, Internationaler Sekretär der GdG-KMSfB.

Das Europäische Parlament hatte die Europäische Bürgerinitiative bereits auf der Tagesordnung. Schon im Vorfeld hatte sich der Vizepräsident der sozialdemokratischen Fraktion, Hannes Swoboda, klar positioniert: „Es steht zu hoffen, dass es

möglichst bald zu den ersten europaweiten Bürgerinitiativen kommt. Ich sehe darin einen wesentlichen Schritt zu einem bürgerfreundlicheren Europa.“ Die Ansicht teilt auch Thomas Kattinig: „Jede Debatte, auch kritische Auseinandersetzungen mit europäischen Angelegenheiten sind eine wichtige Bereicherung. Ganz sicher werden sich auch pro-europäische Kräfte mit ihren Anliegen an die Europäische Kommission und an das Europäische Parlament wenden.“ Wesentlich sei die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger durch die Politik bei Start und Durchführung ihrer Initiativen.

AMNESTY  
INTERNATIONAL



Sabine Vogler

Sprecherin der AI-Arbeitsgruppe  
für verfolgte GewerkschafterInnen



Vietnam:

## Führung der LandarbeiterInnen-Gewerkschaft in Haft

Im Oktober 2006 gründete eine Gruppe von AktivistInnen die Gewerkschaft der LandarbeiterInnen (United Workers-Farmers Organization, UWFO).

Kurz darauf wurden vier führende Mitglieder der neuen Gewerkschaft verhaftet und in Folge zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. In Vietnam sind freie Gewerkschaften verboten. Da sprang Tran Quoc Hien ein. Der Anwalt, der Bäuerinnen und Bauern beraten hatte, deren Land von den Behörden unrechtmäßig konfisziert worden war, wurde im Jänner 2007 zum neuen Vorsitzenden der Gewerkschaft, deren Führung im Gefängnis saß, gewählt. Zwei Tage später wurde auch er verhaftet. Tran Quoc Hien wurde zu fünf Jahren Haft mit anschließend zwei Jahren Hausarrest verurteilt. Amnesty International setzt sich seit 2007 für die Freilassung der AktivistInnen ein. Mit Teilerfolgen: Zwei Gewerkschafter und eine Gewerkschafterin kamen vorzeitig frei. Aber Tran Quoc Hien und ein weiterer Gewerkschafter, Doan Van Dien, sind immer noch in Haft.

Eine Appellaktion mit der Forderung nach Freilassung der Gewerkschafter finden Sie unter:

[gewerkschafterInnen.amnesty.at](http://gewerkschafterInnen.amnesty.at)